

Geschäftsordnung des Landesvorstandes DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

§ 1 Geltungsdauer und Regelung

Diese Geschäftsordnung regelt auf der Grundlage und in Ergänzung der Landessatzung das Verfahren der Sitzungen des Landesvorstandes.

Diese Geschäftsordnung gilt bis zur regulären Neuwahl des Landesvorstandes. Sie kann jederzeit durch Beschluss des Landesvorstandes mit absoluter Mehrheit der Stimmen der Vorstandsmitglieder geändert werden.

§ 2 Vorstandssitzungen

- Der Landesvorstand tritt in der Regel mindestens ein Mal pro Monat - zu einer Sitzung zusammen. Er beschließt für jeweils mindestens ein halbes Jahr einen Sitzungsplan. Der Sitzungsplan wird im Internet veröffentlicht.
- Für die Sitzungen des Landesvorstandes gilt folgende Rahmen-Tagesordnung:
 - Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung über die Tagesordnung und den Zeitplan.
 - Verständigung zur aktuell-politischen Situation; Verabschiedung aktueller Erklärungen.
 - Beratung von politischen Schwerpunktthemen.
 - Beschlussfassung zu weiteren Vorlagen und Anträgen.
 - Beschlusskontrolle, Informationen und Sonstiges. Teilnahme an Veranstaltungen
 - Beschlussfassung über das Protokoll der letzten Sitzung

§ 3 Einladung zu Vorstandssitzungen

- Die beiden Vorsitzenden laden unter Bekanntgabe von Ort, Zeit und Tagesordnung der Sitzung und unter Einhaltung einer Einladungsfrist von 7 Tagen vor Sitzungsbeginn per Email ein.
- Der Landesvorstand tagt grundsätzlich parteiöffentlich. Bei Personalentscheidungen oder internen Angelegenheiten des Landesvorstandes kann die Parteiöffentlichkeit ausgeschlossen werden.
- Jedes Mitglied des Landesvorstandes hat das Recht, eine Klausursitzung zu beantragen. Diese findet statt, wenn mindestens die Hälfte der anwesenden Vorstandsmitglieder dem Antrag zustimmt.

(1) Zu Sitzungen des Landesvorstandes werden neben den ordentlichen Mitgliedern des Landesvorstandes auch die gemäß § 18 Abs. 2 der Landessatzung dem Landesvorstand mit beratender Stimme angehörenden Mitglieder eingeladen:

- ein/e Vertreter/in des Vorstandes des Jugendverbandes Linksjugend [solid].
- das Präsidium des Landesparteirats

(2) Als ständige Gäste werden eingeladen:

- der/die Vorsitzende der Landesschiedskommission

- die Mitarbeiter/innen der Landesgeschäftsstelle;
- der/die Pressesprecher/in;
- der/die IT-Beauftragte
- der/die Vertreter/in der Rosa-Luxemburg Stiftung in Rheinland-Pfalz

§ 4 Tagesordnung

- Die Vorsitzenden schlagen in Absprache mit den weiteren Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands in der Einladung die Punkte der Tagesordnung vor.
- Anträge müssen zehn Tage vor der Sitzung des Landesvorstandes beim geschäftsführenden Landesvorstand postalisch oder elektronisch eingegangen sein. Sie sind dem Gegenstand nach zu bezeichnen und so zu fassen, dass über sie mit „Ja,, oder „Nein,, entschieden werden kann. Später eingegangene Anträge können nur mit Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten behandelt werden.
- Die Anträge und Vorlagen werden mindestens 5 Tage vor Sitzungsbeginn an die Landesvorstandsmitglieder und die in Punkt 3 (1) und (2) benannten beratenden Mitglieder und die ständigen Gäste verschickt.
- Beim Beschluss über die Tagesordnung können hierzu Anträge gestellt werden, die in der vorgeschlagenen Tagesordnung nicht enthalten sind.
- Ein Antrag kann im Verlauf der Sitzung nur zu einem Tagesordnungspunkt gestellt werden. Gehört ein Antrag nicht zu einem Tagesordnungspunkt oder fällt er nicht in den Zuständigkeitsbereich des Landesvorstandes, so hat der Sitzungsleiter den Antrag zurückzuweisen.
- Vorlagen mit finanziellen Konsequenzen sind mit dem/der Landesschatzmeister/in abzustimmen. Wenn keine Verständigung zwischen den Einbringerinnen oder Einbringern einer Vorlage und dem/der Landesschatzmeister/in erzielt wird, wird die Vorlage mit einer Stellungnahme des/der Landesschatzmeister/in/s versandt.

§ 5 Eröffnung; Beschlussfähigkeit

- Die Sitzungsleitung übernehmen die beiden Landesvorsitzenden abwechselnd. Die Sitzungsleitung stellt die Beschlussfähigkeit fest.
- Der Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.
- Ist der Landesvorstand beschlussunfähig, kann die Sitzungsleitung die Sitzung schließen

§ 6 Sitzungsverlauf

- Die Sitzungsleitung sorgt für den ordnungsgemäßen, sachdienlichen und zügigen Ablauf der Sitzung. Sie eröffnet zu jedem Tagesordnungspunkt die Debatte.
- Die Reihenfolge der Redebeiträge bestimmt sich nach der entsprechend der zeitlichen Abfolge der Wortmeldungen zu führenden Redeliste quotiert. Die

- Sitzungsleitung kann der Parteiöffentlichkeit Rederecht einräumen. Bei der Beratung eines Antrages ist dem/der Antragsteller/in zuerst das Wort zu erteilen.
- Rederecht hat nur, wem die Sitzungsleitung das Wort erteilt hat. Die Redezeit der Redner/innen kann auf Antrag durch Beschluss zu jedem Tagesordnungspunkt beschränkt werden.
 - Rederecht haben die Mitglieder des Landesvorstandes und die in Ziffer 3(1) und 3(2) genannten Mitglieder mit beratender Stimme und zum jeweiligen Tagesordnungspunkt geladene Gäste.
 - Die Sitzungsleitung kann jeden/jeder Redner/in bei offensichtlichen Abweichungen vom Beratungsgegenstand oder persönlichen Angriffen (Beleidigungen, Verunglimpfungen usw.) zur Sache verweisen. Wird die Aufforderung vom/von der Redner/in nicht beachtet, kann ihm/ihr die Sitzungsleitung das Wort entziehen.
 - Über Anträge auf "Schluss der Debatte", "Schluss der Redeliste" oder "Vertagung der Sache" ist abzustimmen, nachdem der/die Antragsteller/in und mindestens drei Redebeiträge gehört wurden. Dies gilt nicht, sofern der/die Antragsteller/in und die Vorstandsmitglieder auf ihr Rederecht bzw. die Aufnahme in die Redeliste verzichtet haben.
 - Ist der Antrag auf "Schluss der Debatte" angenommen, darf niemand mehr zur Sache sprechen. Lag dem Beratungsgegenstand ein Antrag zugrunde, so ist über diesen abzustimmen. Ist der Antrag auf "Schluss der Redeliste" angenommen, so dürfen nur noch diejenigen zur Sache sprechen, die zum Zeitpunkt der Antragstellung auf der Redeliste gestanden haben.
 - Die Debatte ist beendet, wenn sich niemand zu Wort meldet, die Redeliste erschöpft ist oder ein Antrag auf "Schluss der Debatte" angenommen wurde. Danach erfolgt die Beschlussfassung über diesen Beratungsgegenstand oder die Eröffnung der Debatte zum nächsten Tagesordnungspunkt.
 - Die Sitzungsleitung kann Teilnehmer/innen, die den Ablauf der Sitzung erheblich stören, zur Ordnung rufen.
 - Die Sitzungsleitung kann auf Beschluss des Landesvorstandes Teilnehmer/innen, die trotz eines ihnen bereits erteilten Ordnungsrufes die Sitzung erneut erheblich stören, von der Sitzung ganz oder für eine bestimmte Zeit ausschließen.
 - Die Sitzungsleitung kann auf Beschluss des Landesvorstandes die Sitzung für die Dauer von bis zu einer Stunde unterbrechen, wenn ein ordnungsgemäßer Verlauf der Sitzung nicht mehr gewährleistet ist.

§ 7 Abstimmungen

- Beschlüsse werden, außer im Falle von Wahlen, durch Abstimmungen gefasst.
- Abgestimmt wird ausschließlich über Anträge. Sind zu einem Beratungsgegenstand mehrere Anträge gestellt, so ist über den weitestgehenden zuerst abzustimmen. Lässt sich dies nicht feststellen, so ist die Reihenfolge der Antragstellung maßgebend.
- Über einen Antrag, der einem bereits gefassten Beschluss ganz oder teilweise entgegensteht, darf in dieser Sitzung nicht mehr abgestimmt werden. Steht eine Sache zur Beschlussfassung an, der kein Antrag zugrunde liegt, stellt die Sitzungsleitung einen sachdienlichen, positiv formulierten Antrag.

- In Personalangelegenheiten werden Abstimmungen mittels Stimmzetteln geheim, in allen sonstigen Angelegenheiten offen durchgeführt. Stellt ein Mitglied des Landesvorstandes den Antrag auf geheime Abstimmung, muss diesem Antrag stattgegeben werden.
- Abstimmungen sollen in der Reihenfolge "Ja-Stimmen", "Nein-Stimmen" "Stimmenthaltungen", vorgenommen werden. Ein Antrag ist angenommen, wenn er die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.
- Das Abstimmungsergebnis ist von der Sitzungsleitung festzustellen und dem Landesvorstand mitzuteilen. Bestehen Zweifel an der Richtigkeit des mitgeteilten Abstimmungsergebnisses, kann die Wiederholung der Abstimmung beantragt werden. Die Abstimmung über den Antrag findet ohne Debatte statt. Das nunmehr festgestellte und mitgeteilte Ergebnis ist endgültig.
- Das Abstimmungsverhalten ist auf Antrag namentlich festzuhalten.

§ 8 Protokoll

- Über den Verlauf jeder Sitzung wird ein Protokoll geführt.
- Das Protokoll hat den wesentlichen Verfahrensgang, insbesondere Angaben über:
 - Beginn und Ende der Sitzung,
 - die Zahl der zu Beginn der Sitzung anwesenden Stimmberechtigten,
 - die Beschlussfähigkeit,
 - Ordnungsrufe und Verweisungen zur Sache zu enthalten.
 - Beschlussanträge, über die abgestimmt wurde, sind im Wortlaut und mit Stimmergebnis wiederzugeben.
- Die Namen der Anwesenden werden in einer Anwesenheitsliste, die dem Protokoll beizufügen ist, aufgeführt.
- Das Protokoll ist spätestens zwei Wochen nach der Sitzung des Landesvorstandes den Mitgliedern des Landesvorstandes elektronisch zuzustellen.
- Beanstandungen sind spätestens eine Woche nach Zugang des Protokolls an den Protokollführer/in einzureichen. Kann eine Beanstandung nicht durch eine Erklärung oder Ergänzung zum Protokoll behoben werden, so entscheidet der Landesvorstand in der nächsten Sitzung über die endgültige Fassung. Die endgültige Fassung wird im Internet mitgliederöffentlich gemacht.
- Binnen vier Tagen wird ein Sofort-Info über die Beschlüsse der Sitzung an die Kreisverbände versendet.

§ 9 Presseerklärungen

- Jedes Mitglied des Landesvorstandes hat das Recht namentlich gezeichnete Presseerklärungen abzugeben.
- Presseerklärungen und Stellungnahmen des Landesvorstandes müssen vom Landesvorstand verabschiedet werden.
- Gleiches gilt für Presseerklärungen des geschäftsführenden Landesvorstandes.
- Pressemitteilungen sind gleichzeitig mit Veröffentlichung allen Vorstandsmitgliedern und dem/der Pressesprecher/in bekannt zu machen.

§ 10 Auslegung; Änderung; Inkrafttreten

- Bei Zweifeln über die Auslegung und Anwendung dieser Geschäftsordnung entscheidet die Versammlung.
- Eine Änderung der Geschäftsordnung bedarf einer absoluten Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstandes.
- Diese Geschäftsordnung tritt sofort nach ihrer Verabschiedung durch den Landesvorstand in Kraft.

18.10.2007

Beschluss des Landesvorstandes auf der Sitzung am 18.10.2007 in Mainz.